

Rettet unsere Stadt im Grünen

Die ELF Bürgerinitiativen

Bürgergemeinschaft Alt-Frankenforst e. V.
Interessengemeinschaft Bensberg-Süd
Bürgerinitiative Wohnstadt Bensberg
Bürgerinitiative „Hände weg vom Bahndamm“
Bürgerinitiative „Pro Saaler Mühle“
Bürgerinitiative Neu-Frankenforst
Bürgerinitiative „Pro Bahndamm/Contra Straße“
Bürgerinitiative Frankenforst West
Bürgergemeinschaft Bergisch Gladbach Raum Lückeraath
Siedlergemeinschaft Lückeraath
1. Gronauer Verkehrsinitiative

Die ELF Bürgerinitiativen "Rettet unsere Stadt im Grünen"

Herrn Ministerpräsident
Dr. Jürgen Rüttgers

40190 Düsseldorf

2.3.2009



Kommune täuscht Ministerium
Bergisch Gladbach will Landesmittel für private Zufahrt

Landesstraßenplanung im Visier
Bürgerinitiativen beklagen Manipulation

Verkehrsministerium in der Kritik
Autobahnzubringer auf befahrener Güterzugstrecke

Täuschung und Manipulation bei Landesstraßenplanung

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

so oder ähnlich könnten die Schlagzeilen aussehen,
wenn die Redaktionen von den Fakten dieses Falles Kenntnis hätten.

Über zehn Jahre lang versuchen ELF Bürgerinitiativen in Bergisch Gladbach, durch zahlreiche Eingaben, Resolutionen, telefonische und persönliche Gespräche Fakten zu einem Vorhaben zu vermitteln, das sich auf höchst unseriöse Planungsgrundlagen stützt.

Daß bei Lokalpolitikern Lobbyinteressen ganz oben stehen und Sachargumente ausgeblendet werden, ist bekannt, daß aber ein **Ministerium gravierende Fakten nicht zur Kenntnis** nimmt und **schwerwiegende Verstöße gegen die Zielsetzungen des LStrAusbauG NRW in Kauf** zu nehmen scheint, ist nicht nur unverständlich, sondern ungeheuerlich, und es stellt sich die Frage, welche Kräfte hier wirksam sind.

Um was geht es?

Der Bürgermeister von Bergisch Gladbach möchte einem kleinen Gewerbegebiet, im wesentlichen einem einzelnen drängenden Unternehmer, **einen eigenen Autobahnzubringer für seinen LKW-Verkehr** verschaffen.

Dazu werden Landesmittel benötigt, und die gibt es bekanntermaßen nur für Landesstraßen.

Also wird kurzerhand aus "**Anbindung des Gewerbegebiets Zinkhütte an die A4**" eine "**Ortsumgehung Bergisch Gladbach/Refrath**", und durch **Anschluß an eine vorhandene Landesstraße** macht man aus dem **privat motivierten Bau einer innerstädtischen Straße** ganz einfach eine **Landesstraße**.

Als Trasse wird die vor dem Gewerbegebiet liegende, **zur Hälfte** stillgelegte einspurige **Güterzugstrecke** ausgewählt. Daß die **andere Hälfte** vom Gewerbegebiet zum Bahnhof Bergisch Gladbach **noch in Betrieb** ist und damit der Anschluß an die vorhandene Landesstraße gar nicht erreicht werden kann, spielt keine Rolle. **Hauptsache, Landesmittel fließen** für den Teil, der gewünscht wird.

Das wird dadurch deutlich, daß auf Veranlassung der Stadt im Rahmen der IGVP NRW **drei (!) Dossiers mit nach unten korrigierten Kosten erstellt wurden**. Die **immensen Kosten** für die Konstruktion einer Schienen-/Straßenkombination, die erforderlich wäre, wenn man wirklich einen Anschluß an die Landesstraße wollte, **fehlen vollends**.

Die Manipulation wird überdeutlich durch **fehlende Kosten** für zwingend vorgeschriebenen **Lärmschutz** sowie für Abbau und Entsorgung der hoch **schwermetallbelasteten Bahndamm-Aufschüttungen**, die im Ministerium für Bauen und Verkehr überschlägig auf **53 Mio. €(!)** geschätzt wurden.

Gänzlich ignoriert werden zwei verkehrliche **Gutachten**, z. T. von der Stadt Köln mitfinanziert, die aussagen, daß diese Trasse, wenn sie, wie vorgegeben, gebaut würde, **keine signifikante Entlastung** für die bestehenden Hauptverkehrsstraßen der Stadt brächte.

Auch die weiteren Argumente wie Unmöglichkeit des Baus eines **Autobahnzubringers durch Wohngebiete**, Aussichtslosigkeit eines **vierten Autobahnanschlusses für Bergisch Gladbach**, Aussichtslosigkeit für **Enteignungen** wegen Fehlens gesetzlicher Voraussetzungen u. a. wurden allesamt und wiederholt Ihrem Ministerium für Bauen und Verkehr und Ex-Minister Wittke persönlich übermittelt.

Und jetzt kommt unsere entscheidende Frage:

Warum ließen Ex-**Minister Wittke** und sein Vorgänger die immer wieder vorgebrachten Sachargumente, die Hinweise auf **Täuschung** und **Manipulation** klar erkennen ließen, nicht überprüfen, und warum wird die Planung immer weiter vorangetrieben und aufwändige Gutachten in Auftrag gegeben?

10.000 Bürger/Innen im engen und mittleren Einzugsbereich, **4.000** Protest-Unterschriften, **1.000** Besucher in einer Protest-Veranstaltung, laut „Kölner Stadtanzeiger“ der größten Bürgerversammlung in Bergisch Gladbach, und ein **CDU**-geführtes Ministerium, das weder Bürgerproteste noch Sachargumente zur Kenntnis nimmt?

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, eine schnelle Aufklärung des Falles zu veranlassen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Schneider

Liane Schneider
Sprecherin

P.S.

Alle Dokumente und Gutachten können bei uns angefordert werden. Teilweise können sie auch auf unserer Website rettet-unsere-stadt-im-gruenen.de eingesehen werden.